



Industrie- und Handelskammer  
zu Schwerin

## **IHK-Jahresempfang 2010**

**„Werden aus der Finanzkrise die richtigen Lehren gezogen?“**

Donnerstag, 27. Mai 2010, IHK zu Schwerin, Ludwig-Bölkow-Haus

### **Grundsatzpositionen**

von

**Herrn Hans Thon**

**Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Schwerin**

**Sperrfrist: Donnerstag, 27.05.2010, 17:00 Uhr**  
*(Es gilt das gesprochene Wort!)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren,  
ich heiÙe Sie herzlich willkommen zum Jahresempfang 2010 der IHK zu Schwerin.

Sehr geehrter Herr Minister Seidel, wir freuen uns, dass Sie diesen besonderen Anlass wahrnehmen, um ein Grußwort im Namen der Landesregierung zu sprechen und dass Sie uns bei dieser Gelegenheit auch Ihre Einschätzung zur aktuellen finanz- und wirtschaftspolitischen Lage erläutern werden.

Mein besonderer Willkommensgruß gilt unserem heutigen Festredner, Herrn Michael Best, er leitet die Fernseh-Börsenredaktion der ARD und ist Ihnen sicher als Moderator der Sendung *Börse im Ersten* bekannt.

Ebenso herzlich begrüÙe ich unsere Gäste aus Politik, Verwaltung, Kammern, Verbänden und Medien sowie die diplomatischen und konsularischen Vertreter und natürlich vor allem die zahlreich anwesenden Unternehmerinnen und Unternehmern aus Westmecklenburg.

Verehrte Anwesende!

Das Jahr 2010 ist für die IHK zu Schwerin und für mich als ihr Präsident ein besonderes Jahr. Im Februar haben wir das 20jährige Bestehen der „wieder freien IHK zu Schwerin“ gefeiert.

Von den knapp 24.000 IHK-zugehörigen Unternehmen wurden über 1.400 im Jahr 1990 neu gegründet und sind auch heute noch erfolgreich am Markt tätig. Es gibt in diesem Jahr also zahlreiche Anlässe, Erinnerungen aus den beiden vergangenen Jahrzehnte aufleben zu lassen.

Bei jedem Rückblick sollten wir uns jedoch fragen, ob wir aus der Vergangenheit die richtigen Lehren gezogen haben. Denn nur, wenn wir aus der Vergangenheit lernen, haben wir eine Chance die heutigen wirtschaftspolitischen Weichen richtig zu stellen und künftige globale Krisen zu verhindern.

Ich möchte den heutigen Jahresempfang daher ganz bewusst nutzen, um den Blick vor allem auf unsere zukünftigen Herausforderungen zu richten.

Wir freuen uns daher besonders, dass wir mit Ihnen, Herr Best, einen ausgewiesenen Experten der Finanzmärkte als Referenten für unseren diesjährigen Jahresempfang gewinnen konnten.

Zunächst möchte ich jedoch unseren Wirtschaftsminister, Herrn Jürgen Seidel bitten, aus Sicht der Landesregierung die Auswirkungen der aktuellen Finanzkrise auf die Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern darzustellen.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
mit einem Goethe-Zitat möchte ich überleiten zu den Grundsatzpositionen, die aus Sicht der regionalen Wirtschaft den Zustand, in dem wir uns aktuell noch immer befinden, sowie die Lehren, die wir daraus ziehen können, am besten beschreiben.  
Denn Goethe hat einmal geschrieben „*aller Zustand ist gut, der natürlich ist und vernünftig.*“ Die Tatsache, dass wir uns notwendigerweise bereits im zweiten Jahr vordringlich mit der Finanz- und Wirtschaftskrise beschäftigen müssen, erscheint mir hingegen wenig natürlich und vernünftig. Denn wenn ich die heutige Situation mit der vor einem Jahr vergleiche, muss ich feststellen, dass seitdem zwar viel diskutiert, aber wenig verändert wurde.

Bereits vor einem Jahr habe ich anlässlich des damaligen Neujahrsempfangs der IHK insbesondere die Notwendigkeit eines wirksamen staatlichen Ordnungsrahmens für die vor der Krise ungezähmten Finanzmärkte angemahnt. Seitdem verfolge ich aufmerksam die kenntnisreiche Auseinandersetzung der Experten zu der Frage, wie dieser neue Ordnungsrahmen aussehen könnte.

Zwar haben die Staaten bereits an einigen Stellen regulierend eingegriffen, aber die Einigung auf weltweit verbindliche Regeln für die Finanzmärkte erscheint immer mehr als ein langer und zäher Prozess. Dies liegt insbesondere daran, dass eine Finanzmarktregulierung, die zu nachhaltigen Veränderungen führen soll, global erfolgen muss.

Nicht die Staatengemeinschaft, sondern jeder einzelne Nationalstaat für sich hat seit dem Herbst 2008 enorme Schuldenberge gebildet, um mit Konjunkturprogrammen und Steuervergünstigungen die Märkte zu stabilisieren und damit die Voraussetzungen für einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung zu schaffen.

Zum Jahreswechsel 2008/2009 haben Regierungschefs und Finanzminister mit diesen Maßnahmen die Kernschmelze der Finanzmärkte zunächst abgewendet.  
Einige der damals ergriffenen Maßnahmen haben wir durchaus kritisiert, andere wiederum begrüßt. Insgesamt war das entschlossene Handeln in der Krise der wichtigste Faktor für die erfolgreiche Überwindung der ersten Talsohle.

Nun befinden wir uns jedoch in der Situation, dass einige Staaten drohen unter ihrer Schuldenlast zusammen zu brechen. Die Schuldigen sind leicht zu identifizieren. Es sind die Staaten selbst, die sich nicht an die im Vertrag von Maastricht vereinbarte maximale Defizitgrenze von 3% des Bruttoinlandsprodukts gehalten haben.

Mit Regelungen der Wirtschafts- und Währungsunion sollte verhindert werden, dass ein EU-Mitgliedstaat jemals in eine solche Situation gerät.

Daher war es für die Staats- und Regierungschefs auch folgerichtig, mit dem Vertrag von Lissabon die sogenannte „no-bail-out“-Klausel zu vereinbaren. Diese Klausel besagt im Kern, dass kein EU-Mitgliedstaat auf die Hilfe der anderen EU-Mitgliedstaaten hoffen darf, wenn er sich nicht an die mit der Wirtschafts- und Währungsunion vereinbarten strengen Regeln gehalten hat.

Daher herrscht nun Uneinigkeit darüber, wie mit dem eingetretenen Fall eines drohenden Staatsbankrotts im Euro-Raum umzugehen ist.

In der Frage der Solidarität mit unseren europäischen Partnern gibt es zwei Lager. Die eine Seite warnt vor der neuen „systemischen“ Risiken. Sie mahnt, dass Deutschland und andere Euro-Länder die Insolvenz eines Staates zum Wohle der gemeinsamen Währung verhindern müssen. „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa“, so die Kanzlerin im Bundestag. Sie meint damit nicht weniger als das Projekt der europäischen Einigung, das dem Kontinent Frieden, Freiheit und Wohlstand gebracht hat.

Die andere Seite jedoch betont, dass ein solches Vorgehen das Fehlverhalten belohne und anderen Staaten der Euro-Zone damit ermutige, sich ähnlich zu verhalten und keinen strengen Sparkurs einzuschlagen. Einige gehen sogar soweit zu fordern, die nationalen Währungen wieder einzuführen.

Aus meiner Sicht werden in der aktuellen Diskussion viele Aspekte vermischt. Nehmen wir das Beispiel der Geldmarktpolitik. Hier gilt es die grundsätzliche Frage zu klären, ob die Geldmarktpolitik im Dienste einer allgemeinen Wirtschaftspolitik, wie dies beispielsweise in Frankreich oder den USA präferiert wird stehen soll oder ob wir am deutschen Modell festhalten und eine unabhängige Zentralbank fordern, deren oberstes Ziel die Wahrung der Geldstabilität ist.

Entschuldung durch Inflation ist im Modell einer unabhängigen Zentralbank ausgeschlossen und gleichzeitig wird auch einer relativen Geldwertminderung, beispielsweise unserer Spareinlagen, entgegen gewirkt.

Die zeitweise Rückkehr einzelner Euro-Staaten zu ihren ursprünglichen Währungen ist ein Gedankenspiel, das aus meiner Sicht zwar legitim, aber höchst gefährlich ist. Denn die Frage ist, ob in diesem Modell tatsächlich die Verursacher der hohen Staatsschulden die Konsequenzen ihrer falschen wirtschafts- und geldpolitischen Entscheidungen tragen müssten.

Daran habe ich Zweifel.

Nehmen wir als zweites Beispiel die europäische Integration. In der aktuellen Diskussion geht es aus meiner Sicht im Kern um die Frage, wie wir die europäische Integration künftig ausgestalten wollen. Es war eine Illusion zu glauben, dass eine gemeinsame Währung langfristig ohne eine gemeinsame Wirtschaftspolitik funktionieren kann.

Das Bundesverfassungsgericht wird den Euro-Rettungsschirm daher vermutlich sehr gründlich und kritisch prüfen. Aus meiner Sicht zurecht, denn die politischen Entscheidungsträger haben unter hohem Druck gehandelt und eine für den Moment praktikable Notlösung gefunden. Diese Lösung kann aber nur eine Übergangslösung sein.

Die Staats- und Regierungschefs müssen sich jedoch bald der Frage stellen, ob die Europäische Union eine Solidargemeinschaft sein soll, also eine politische Union, in der die Kernbereiche staatlicher Regulierung in demokratischen und damit meine ich ausdrücklich parlamentarische Verfahren gemeinsam entschieden werden.

Oder ob jeder Mitgliedsstaat grundsätzlich für sich selbst handelt und die Konsequenzen seines Handelns selber trägt.

Besonders wir Deutschen haben von der europäischen Integration stark profitiert, im Übrigen auch von dem hohen Binnenkonsum in Griechenland. Wir sollten uns daher dafür einsetzen, jetzt nicht der Versuchung nachzugeben in nationales Denken zurückzufallen.

Sehr geehrter Herr Best,  
ich bin sehr gespannt darauf, wie Sie die aktuelle Lage analysieren und welche Lösungsvorschläge Sie anbieten können.

Meine Damen und Herren,  
welche Schritte sind nun aus Sicht der Wirtschaft notwendig, um eben die richtigen Lehren aus der Finanzmarktkrise zu ziehen?

Der Staat ist im Zuge der Krise mehr finanzielle Verpflichtungen eingegangen, als er dauerhaft schultern kann. Zugleich wurde im Grundgesetz eine Schuldenbremse fixiert, die für den Bund ab 2016, für die Länder ab 2020 greift.

Sparen wird in den kommenden Monaten und Jahren also im Mittelpunkt der öffentlichen Aufgaben stehen. Sparen alleine wird jedoch nicht ausreichen. Die Wirtschaft benötigt gleichzeitig auch ein besseres Steuersystem, das Anreize schafft für ein finanzielles Engagement in neue Aufgaben, und neue Erzeugnisse, indem es Innovationen besonders fördert. Dazu gehört auch eine umfassende Reform der Gewerbesteuer, um insbesondere die kommunalen Finanzen krisenfester zu gestalten, wodurch die Last auf zusätzliche Schultern verteilt wird.

Klar ist allerdings auch: Um Haushaltssanierung und Steuerreform in Einklang zu bringen, müssen wir alle unsere Anforderungen an den Staat – und damit an den Staatshaushalt – zurückschrauben. Das erfordert auch von der Wirtschaft die Bereitschaft, auf die eine oder andere lieb gewonnene Subvention zu verzichten.

Die Staatsquote sollte aus unserer Sicht von aktuell knapp 50% auf unter 40% abgesenkt werden. Die notwendige Konsolidierung kann dabei nur mit konsequenter Ausgabenreduktion, mit Steuervereinfachung sowie mit Subventionsabbau gelingen, der zwar einige Subventionsempfänger treffen wird, aber insbesondere zu einer neuen Wettbewerbsgerechtigkeit führen soll. Wir erlegen uns diese Einschnitte gern auf, um den Handlungsspielraum künftiger Generationen nicht weiter einzuengen.

Ein Aufschwung in Deutschland steht darüber hinaus nach wie vor unter dem erheblichen Vorbehalt, dass Unternehmen ausreichend Zugang zu Krediten für anstehende Investitionen und für die Vorfinanzierung von Aufträgen bekommen.

Bislang ist es in Deutschland geglückt, eine flächendeckende Kreditklemme zu verhindern. Allerdings machen gerade die Unternehmen, die mit Blick auf wieder steigende Exporte derzeit am optimistischsten sind, bei der Finanzierung die größten Fragezeichen.

Die Banken müssen die Realwirtschaft an den großzügig eingeräumten Finanzspritzen in Form von Krediten auch weiterhin teilhaben lassen!

Als IHK sind wir in Fragen der Unternehmensfinanzierung – von Krediten für Existenzgründungen bis hin zur Finanzierung von Großprojekten – der erste Ansprechpartner insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen.

Wir vermitteln häufig zwischen Banken und Unternehmen und leisten so unseren Beitrag, damit das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der regionalen Wirtschaft langsam wieder wächst.

Lassen Sie mich hierzu eine Statistik nennen: Die 80 deutschen IHKs haben im Jahr 2009 ca. 80.000 Unternehmen bei Finanzierungsfragen unterstützt, auf die Schweriner IHK entfallen davon ca. 700 Einzelberatungen.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
ich habe im letzten Monat die Hannover Messe besucht und war beeindruckt von der Vielzahl innovativer und exportorientierter Unternehmen, die wir in Westmecklenburg zu bieten haben.

Mir wurde dort von einem wieder steigenden Auftragsvolumen sowie optimistischen Zukunftsaussichten unserer Unternehmen berichtet. Aber die Unternehmer waren sich auch der Tatsache bewusst, dass wir alle „auf Messers Schneide“ standen und sie haben ein großes Interesse daran, dass sich eine solche Krise nicht wiederholt.

Während wir vor einem Jahr noch Angst vor einer staatlichen Regulierungswut als Folge der Finanzkrise hatten, ist es aus heutiger Sicht vielmehr überraschend, wie wenig sich seitdem weltweit verändert hat.

Für die Unternehmen ist jedoch ein klarer ordnungspolitischer Rahmen wichtig, um sich auf den Weltmärkten wieder neu zurecht zu finden und ihre Unternehmen für die zukünftigen Herausforderungen fit zu machen.

Eine Finanztransaktionssteuer halten wir jedoch nicht für zielführend. Sie würde eben nicht die Hochrisikogeschäfte verhindern, sondern alle Finanztransaktionen verteuern.

Meine Damen und Herren,  
die Megatrends der nächsten Jahre sind leicht zu benennen: Sie heißen Bildung und Demographie.

Wir haben in Deutschland ein im internationalen Vergleich sehr gutes Schul- und Hochschulsystem, dies gilt für Geisteswissenschaftler, Mediziner und Ingenieure, gleichermaßen.

Insbesondere das von den Kammern getragene Duale Berufsausbildungssystem ist einzigartig und leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Fachkräftebedarfes der deutschen Wirtschaft.

Trotzdem erleben wir jeden Tag ganz real die Abwanderung von qualifizierten Arbeitskräften und die Auswirkung der rückläufigen Geburtenraten. Als Unternehmer und Präsident der Schweriner IHK kenne ich die zunehmenden Klagen über den Fachkräftemangel aus meiner täglichen Praxis nur allzu gut.

Wir dürfen uns der Tatsache nicht länger verschließen, dass wir im internationalen Wettbewerb um die qualifiziertesten Arbeitskräfte stehen. Daher müssen wir dem zunehmenden Fachkräftemangel in unserer Region endlich entschlossen, das heißt mit konkreten Taten, entgegen wirken!

Das bedeutet, dass die Staatsquote nicht bloß gesenkt werden darf. Die vom Staat eingesetzten Mittel müssen vielmehr auch stärker als bisher auf die dringendsten Anliegen fokussiert werden.

Länder, die in der PISA Studie und ähnlichen internationalen Vergleichen vor uns liegen, investieren einen deutlich größeren Anteil ihres Bruttoinlandsproduktes in die Bildung. Außerdem können wir von unseren Nachbarn lernen, wie wichtig ganztägige Bildungsangebote, eine Förderung von benachteiligten Jugendlichen, ausreichende Betreuungsangebote sowie eine frühkindliche Erziehung sind.

Meine Damen und Herren,  
ich möchte keine Untergangsszenarien entwerfen und auch keine Ängste schüren. Vielmehr ist es mein Anliegen eindringlich darauf hinzuweisen, dass wir jetzt noch die Gelegenheit haben, die Krise produktiv zu nutzen und die Schwachstellen zu beseitigen, die den sogenannten Raubtierkapitalismus ermöglicht haben.

Nur so können wir uns zurückbesinnen auf eine verantwortungsvolle soziale Marktwirtschaft wie sie Ludwig Erhard einst geschaffen hat.

Denn es waren nicht die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, welche die Krise herbeigeführt haben, sondern – im Gegenteil – deren Nicht-Beachtung. Gerade in der Marktwirtschaft, die nicht von staatlicher Planung, sondern vom erfinderischen Engagement jedes Einzelnen lebt, ist die Übernahme von Verantwortung ganz wichtig. Dies ist Leitprinzip des "ehrbaren Kaufmanns".

Persönlich hat mich die Finanzmarktkrise darin bestätigt, dass wir in vielen Dingen bescheidener werden müssen.

Diese Bescheidenheit kann nur erwachsen aus der tiefen Überzeugung, dass der Lebensstandard, den wir für selbstverständlich halten, ein kostbares Geschenk ist, für das wir dankbar sein sollten.

Wir Menschen neigen zu Unzufriedenheit und blicken manchmal neidisch auf die vermeintlich schöneren und größeren Besitztümer unserer Nachbarn. Dieser Ehrgeiz ist eine wichtige menschliche Antriebskraft. Er bewirkt, dass wir uns jeden Tag wieder auf's Neue anstrengen und unsere Arbeit verbessern.

Sehr geehrter Herr Best,  
aus Ihrem Buch „Kapitalismus Reloaded“ haben mir zwei Handlungsempfehlungen besonders gut gefallen und ich hoffe, dass Sie diese in Ihrer heutigen Rede auch vorstellen werden.

Sie lauten:

*„Wachstum muss Zukunft sichern“ und „Finanzmärkte müssen dem Wohlstand dienen“.*

Oder um es mit einem Sprichwort zu sagen:

*„Gott gebe mir die Gelassenheit, Dinge hinzunehmen, die ich nicht ändern kann, den Mut, Dinge zu ändern, die ich ändern kann und die Weisheit, das eine von dem anderen zu unterscheiden.“*

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.